

Neue Ansätze – alte Kritikpunkte



Am 13. Juli 2022 hat das Bundeskabinett die vom Bundesminister für Digitales und Verkehr vorgelegte Gigabitstrategie verabschiedet. (Foto: Adobe Stock / Anucha)

Kommen nun endlich wieder Strategie und Bewegung in einen flächendeckenden Glasfaserausbau hierzulande? Mitte Juli hat die Bundesregierung eine neue Gigabitstrategie für den Glasfaserausbau vorgestellt. Ein übergeordnetes Ziel besteht darin, bis 2030 „die flächendeckende energie- und ressourceneffiziente Versorgung mit Glasfaseranschlüssen bis ins Haus (FTTH)“ umzusetzen. Parallel soll der neueste Mobilfunkstandard 5G überall dort verfügbar sein, wo Menschen leben, arbeiten und unterwegs sind – auch in ländlichen Gebieten. Bauindustrie und Leitungsbau begrüßen einige strategische Verbesserungen, üben aber Kritik an der Tatsache, dass viele Aspekte noch nicht zu Ende gedacht sind.

Deutsche Haushalte sollen in den kommenden Jahren flächendeckend mit Glasfaseranschlüssen versorgt und auch der Mobilfunk im schnellen 5G-Standard ausgebaut werden. Gelingen soll das mit der „Gigabitstrategie“, die das Bundeskabinett in Berlin beschlossen hat. In einem ersten Etappenziel soll bis 2025 die Hälfte aller Haushalte Glasfaseranschlüsse buchen können. Bis 2030 soll dies dann flächendeckend möglich sein. „Mit unserer Gigabitstrategie wollen wir den digitalen Aufbruch für Deutschland errei-

chen. Homeoffice, Streaming im ICE und Empfang auf der Berghütte müssen endlich problemlos möglich sein“, so Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, zum neuen Strategiepapier der Bundesregierung. Und Wissing weiter: „Dafür brauchen wir überall leistungsfähige digitale Infrastrukturen, das heißt Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard. Wir schaffen jetzt die Bedingungen, um den Ausbau schneller und effizienter zu machen.“

Die neue Gigabitstrategie ist Teil eines umfangreichen Digitalisierungsvorstoßes, den die Bundesregierung nun auf den Weg gebracht hat.

Zentrale Maßnahmen sind:

Beschleunigung und Digitalisierung von Genehmigungsverfahren: Die Bundesländer werden gebeten, bis Ende 2022 Genehmigungsverfahren zu erleichtern und zu vereinheitlichen. Dazu gehört unter anderem

- die Freistellung der temporären Errichtung mobiler Masten vom Erfordernis der Baugenehmigung für die Dauer von zwei Jahren, soweit die endgültige Errichtung nicht ohnehin verfahrensfrei ist.
- die Vereinheitlichung der landesgesetzlichen Vorgaben zur baurechtlichen Verfahrensfreiheit von Mobilfunkmasten sowie Vereinheitlichung und Verringerung der landesgesetzlich vorgegebenen Grenzabstände von Mobilfunkmasten und -antennen.
- die Vereinheitlichung und weitestmögliche Verringerung der landesgesetzlich vorgegebenen Anbauverbotsabstände bei der Errichtung von Mobilfunkmasten und -antennen an Straßen.
- die Einrichtung beziehungsweise Stärkung des Instruments der Rahmenezustimmung durch die Wegebausträger.

Glasfaserleitungen an Holzmasten

Ein wesentliches Ziel der neuen Gigabitstrategie besteht auch darin, die Akzeptanz bei Kommunen und Unternehmen der Baubranche zu erhöhen und Unsicherheiten abzubauen. So sollen etwa in Form von Pilotprojekten oberirdische Verlegemethoden auf den Weg gebracht werden, welche Potenziale und Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis zeigen. Unter anderem könne der Glasfaserausbau auch dadurch beschleunigt werden, dass einfachere Verlegetechniken genutzt werden, wie etwa die oberirdische Installation von Leitungen an Holzmasten. Zudem ist vorgesehen, Prozesse zur Normung und Standardisierung alternativer Verlegetechniken zu unterstützen und Instrumente zur Absicherung eines etwaigen Kostenrisikos der Wegebausträger beim Einsatz sogenannter mindertiefer Verlegungsverfahren zu prüfen.

Mehr Transparenz durch neues Gigabit-Grundbuch

Ein wesentlicher Baustein des aktuellen Strategie-

papier ist der Aufbau eines Gigabit-Grundbuchs durch die Bundesnetzagentur. Dieses soll zu einer zentralen Datendrehscheibe werden, die die relevanten Informationen für einen beschleunigten Glasfaser- und Mobilfunkausbau gesichert bündelt, nutzerspezifisch verknüpft, aufbereitet und verfügbar macht. Basierend auf einem einheitlichen Berechtigungskonzept können die einzelnen Nutzergruppen (Öffentlichkeit, am Ausbau beteiligte Unternehmen und öffentliche Verwaltungen) die Informationen und Daten mit neuen Auswertungstools in unterschiedlicher Detailtiefe einsehen und nutzen. Dazu gehören

- vorhandene digitale Infrastrukturen und Versorgungsgrade,
- Ausbauvorhaben inklusive Meilensteine und Realisierungszeiträume,
- verfügbare Liegenschaften und Grundstücke der öffentlichen Hand sowie
- verfügbare Infrastrukturen und Einrichtungen.

Darüber hinaus wird geprüft, wie etwa ein Portal für Markterkundungsverfahren sowie ein Ausbaumarktplatz mit Angebotsmöglichkeiten für private Liegenschaften integriert werden können.

Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze

Mit Blick auf die Ankündigungen der Telekommunikationsbranche, den Glasfaserausbau in Deutschland in den nächsten Jahren massiv und beschleunigt voranzutreiben, werden Fragen einer investitions-, wettbewerbs- und verbraucherfreundlichen Migration von Kupfer- auf Glasfasernetze rasch an Bedeutung gewinnen. Mit dem Gigabitforum stellt die Bundesnetzagentur eine Plattform bereit, auf der alle relevanten Fragen des Übergangsprozesses erörtert und tragfähige Branchenlösungen im Interesse von Wirtschaft und Verbrauchern erarbeitet werden können.

Optimierung der Festnetzförderung

Damit die Glasfaserförderung genau dort zum Einsatz kommt, wo die TK-Unternehmen nicht investieren, hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine Potenzialanalyse beauftragt. Diese wird den Ländern bis Ende 2022 konkrete Ergebnisse liefern, wo in den nächsten Jahren privatwirtschaftlicher Ausbau möglich ist und gegebenenfalls Förderbedarf besteht. Das

bewährte Förderverfahren soll beibehalten bleiben, um den Kommunen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Geplant ist aber, die Umsetzung der Förderung fortlaufend zu evaluieren. Sollte die Evaluierung ergeben, dass staatliche Förderung den privatwirtschaftlichen Ausbau verdrängt, sollen Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden.

Bessere Mobilfunkversorgung – auch an Bahnstrecken und anderen Verkehrswegen

Es muss jederzeit möglich sein, auf Zugfahrten unterbrechungsfrei zu arbeiten, mit seiner Familie zu telefonieren oder ein Video zu streamen. Gerade bei der Tunneldurchfahrt bricht die Verbindung oft ab. Um auch in Tunneln möglichst bald flächendeckend Mobilfunkempfang zu gewährleisten, soll die Dauer von Genehmigungsverfahren der Deutschen Bahn bei der Ertüchtigung von Tunneln für den Mobilfunk halbiert werden. Das Förderprogramm GSM-R wird seitens des BMDV fortgeführt. Damit erhält die Bahn Planungssicherheit und ermöglicht die uneingeschränkte Nutzung der 900-MHz-Frequenzen für 4G und 5G.

Bauindustrie verhalten positiv

Damit die digitale Infrastruktur zukunftssicher ausgebaut werden könne, müsse sie resilient und nachhaltig sein. Hierfür ist geplant, ein Gütesiegel mit klaren Kriterien für nachhaltige Breitbandnetze einzuführen und Unternehmen Maßnahmen an die Hand zu geben, wie sie die Infrastruktur nachhaltig und resilient ausbauen können. Gerade diese Bausteine der neuen Agenda werden von der Bauindustrie begrüßt. „Wir freuen uns, dass der erste Aufschlag des Bundesdigitalministeriums aus dem Frühjahr 2022 jetzt detaillierter formuliert wurde. Die Begriffe Nachhaltigkeit und Qualität sind endlich im Zusammenhang mit den Gigabitnetzen übernommen worden. Werte, auf die unsere Leitungsbaufirmen in den letzten Monaten immer wieder hingewiesen haben“, betont Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V. (HDB), in einer Stellungnahme. Die Bauindustrie sei ein Realisierer der digitalen Zukunft hierzulande, so Müller, und habe ihre Kapazitäten entsprechend in den letzten Jahren verdoppelt.

Ein weiterer Punkt zu mehr Nachhaltigkeit bestünde darin, dass der gegenseitige Überbau

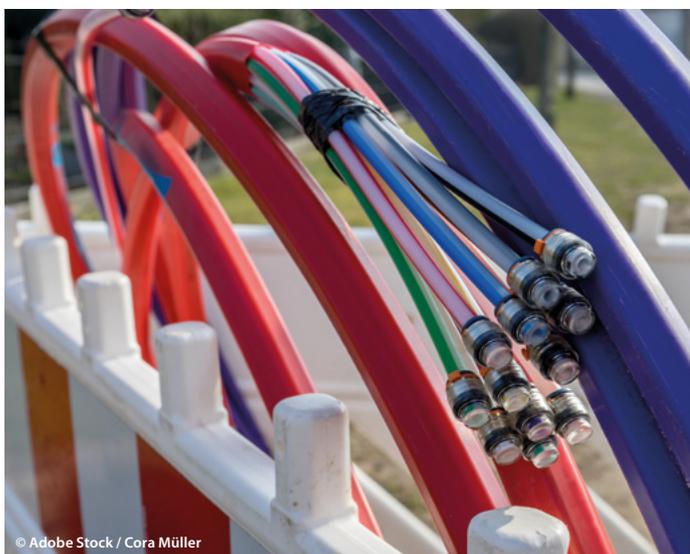
von Glasfasernetzen (eine Leitung liegt in der Straße über einer anderen) nun vom Bundesministerium erstmals kritisch betrachtet werde. Vor dem Hintergrund knapper Tiefbaukapazitäten sei diese Sichtweise auch ökonomisch mehr als sinnvoll. Kritik hingegen äußert der HDB am strategischen Umgang mit nicht norm- und qualitätskonformen Bauweisen. „Unser größter Kritikpunkt“, so Müller: „Das Bundesministerium will weiterhin ‚Instrumente prüfen‘, die Kommunen bei Bauschäden finanziell unterstützen sollen – Bauschäden, die als Folge von untierten Legearten ohne Norm und Qualitätskriterien, das sogenannte Trenching, entstehen können. Um es klarzumachen: Die Solidarisierung von Risiken durch unsachgemäße Legearten und die gleichzeitige Haftung mit Steuergeldern sollten ein No-Go sein. Das öffnet schlechter Qualität und Ausführung Haus und Hof. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll gewesen, ein Gütesiegel nicht nur für Inhouse-Verkabelung, sondern auch für Leitungslegung zu etablieren; diese Forderung wäre einfach durchzusetzen, da es solche Gütesiegel bereits gibt. Wichtig ist zudem, dass wir jetzt zügig eine Normierung etablieren, sodass für alle Seiten Rechtssicherheit besteht.“

Leitungsbau hinterfragt Praktikabilität der Vorschläge

Auch aufseiten des rbv hinterfragt man die konkrete Praktikabilität der nun auf dem Tisch liegenden Vorschläge. So könne eine Vereinheitlichung und weitestmögliche Verringerung der landesgesetzlich vorgegebenen Anbauverbotsabstände bei der Errichtung von Mobilfunkmasten und -antennen an Straßen für Unmut bei Anwohnern sorgen. Auch die Einrichtung beziehungsweise Stärkung des Instruments der Rahmenezustimmung durch die Wegebausträger könne nach hinten losgehen, wenn unprofessionelle Unternehmen am Werk seien. Dies könne dazu führen, dass Abmessungen fehlen oder nicht in der geplanten Trasse gebaut werde. Auch bei der oberirdischen Installation von Datenkabeln an Holzmasten dürfe nicht vergessen werden, dass diese regelmäßig gewartet werden müssten und die Standsicherheit der Masten regelmäßig überprüft werden müsse.

Wirtschaft kritisiert „unstrukturiertes“ Vorgehen

Weitere Kritik aus der Wirtschaft entzündet sich



© Adobe Stock / Cora Müller

Mehr Qualität und Effizienz im Glasfaserausbau



Ein Mehr an Qualität und Effizienz im Glasfaserausbau ist auch Gegenstand eines aktuellen Positionspapiers, das der rbv gemeinsam mit der BAUINDUSTRIE und dem Städte- und Gemeindebund publiziert hat. Hier werden wichtige Grundlagen eines qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Breitbandausbaus zusammengestellt. Denn natürlich soll ein schnelles Internet Standard werden in ganz Deutschland. Dies ist Grundvoraussetzung für eine moderne Gigabit-Gesellschaft und einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Gigabitusbau muss aber fachgerecht, strategisch koordiniert und im erforderlichen Tempo erfolgen. In diesem Zusammenhang gilt es nicht zuletzt, das Gemeingut Straße und die bereits vorhandenen leitungsgebundenen Infrastrukturen zu schüt-

zen. Gleichzeitig ist es eine Gemeinschaftsaufgabe, den Ausbau künftiger Netze, wie etwa der E-Ladestruktur, vorzubereiten. Mit Blick auf den Ausbau und Erhalt ALLER Infrastrukturen hierzulande weisen die Verfasser des Positionspapiers darauf hin, dass Qualität vor Schnelligkeit gehen muss. Nur qualifizierte Bauunternehmen dürfen hier zum Zuge kommen. Zudem braucht die Branche verbesserte Rahmenbedingungen. Hierzu zählen schlanke digitale Antrags- und Genehmigungsverfahren und eine Normierung alternativer Legetechniken.



Das vollständige Strategiepapier für mehr Qualität und Effizienz im Glasfaserausbau finden Sie hier:
<https://bit.ly/3zrk2Km>



vor allem an der geplanten Förderpolitik beim Glasfaserausbau. Ende des Jahres entfällt eine Schwelle für Förderprojekte: Bisher dürfen nur in Gegenden mit Übertragungsgeschwindigkeiten unterhalb von 100 Megabit pro Sekunde mit staatlichem Geld Glasfaserleitungen verlegt werden. Diese Einschränkung soll entfallen, dann wären Förderprojekte in viel größeren Gebieten möglich. Damit Vorhaben nicht unreguliert gefördert werden, etwa in Gegenden, in denen nur sehr wenig Menschen leben, soll eine Potenzialanalyse als Wegweiser dienen. Sie soll aber keine Vorschrift sein – die Länder, die für die

Fördervorhaben zuständig sind, können sich auch darüber hinwegsetzen. Die Telekommunikationsbranche ist davon nicht begeistert und fürchtet, dass es dann zu viele Fördervorhaben geben könnte und der Ausbau am Ende langsamer und teurer würde, etwa, weil Tiefbaufirmen überlastet sind. Geförderter Ausbau dauere zwei- bis dreimal so lange wie eigenwirtschaftlicher Ausbau, warnt zum Beispiel Stephan Albers vom Glasfaserverband BREKO. David Zimmer vom Telekommunikationsverband VATM reagierte enttäuscht und warf der Bundesregierung bei der Glasfaserförderung ein unstrukturiertes Vorgehen vor. Dass Genehmigungen künftig schneller erteilt werden sollen, begrüßten Internetbranche und Industrie dagegen. Wie der Ausbau vorankommt, soll dem Strategiepapier zufolge in einem neuen Ausschuss besprochen werden: Mehrmals im Jahr wollen Vertreter von Bund und Ländern zusammenkommen und die Fortschritte überprüfen. (Quelle: www.tagesschau.de)



Gigabitstrategie:
<https://bit.ly/3BC5qed>



BMDV:
<https://bit.ly/3p3l3Ux>



Tagesschau.de:
<https://bit.ly/3JlilCY>

